Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 13. Dienstag, den 16. Januar 1849.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 30sten Dezember vor. J. bringen wir hiermit zur Kenntniß der Bewohner des Berliner Bezirks, daß die am 22sten d. M. statt findenden Wahlen des Berliner Bezirks für die zweite Kammer nicht, wie früher bestimmt, im Friedrichssaale am Wege nach Grabow, sondern im Speisesaale der Kaserne am Heiligen Geistthore abgehalten werden sollen. Stettin, den 12ten Januar 1849.

Der Magistrat.

Das 3te Stück der diesjährigen Gesetz-Sammlung enthält die Allerhöchsten Erlasse unter

- Nr. 3091. vom 28. November 1848, betreffend den Ausbau einer Chaussee von Bräst nach Klempenow;
- „ 3092. von demselben Tage, betreffend den Ausbau und die künftige Unterhaltung der Chaussee von Schleusingen über Ratscher u. Wiedersbach bis zur sachsen-meiningenschen Landesgränze in der Richtung nach Eisfeld; ferner
- „ 3093. vom 4. Dezember 1848, betreffend die Verleihung des fiskalischen Vorrechts; sowie der Chaussee-Geld-Erhebung für die Straße von Kettwig nach Bredeney; und
- „ 3094. vom 7. Dezember 1848, betreffend die Einführung von Zins-Coupons zu den schlesischen landschaftlichen Pfandbriefen und das bei Aufkündigung dieser Pfandbriefe zu beobachtende Verfahren, nebst dem zu demselben gehörigen Regulative; endlich
- „ 3095. die Verordnung vom 6. Januar 1849 wegen Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hülfsleistung bei Räumung des Schnees von den Chausseen.

Deutschland.

Berlin, 15. Jan. Der Militärgerichtsstand wird dem Vernehmen nach durch ein neues Gesetz erheblich beschränkt werden. Wie verlautet, sollen künftig nur die im aktiven Dienst befindlichen Offiziere und Soldaten der Militär-Gerichtsbarkeit in Strafsachen unterworfen bleiben, alle pensionirten und verabschiedeten Offiziere, so wie ein großer Theil der Militär-Beamten dagegen den gewöhnlichen Civilgerichten unterworfen sein. (N.P.Z.)

— In den Pariser Bilderläden ist jetzt eine Carrikatur ausgehängt, auf der Ludwig Philipp, hinter ihm Lamartine, hinter diesem Cavaignac und endlich Ludwig Napoleon abgebildet stehen, von denen Jeder dem betreffenden Vordermann einen Fußtritt vor den Sitztheil des Körpers versetzt, mit der Unterschrift: „Fortsetzung folgt." (N.P.Z.)

Breslau, 13. Januar. Zum Schluß der Woche entfaltet unsere politische Gegenpartei plötzlich eine ungewöhnliche Thätigkeit, fast hat es den Anschein, als beabsichtige sie einen Coups. Das Komittee für volksthümliche Wahlen in der Provinz Schlesien, an dessen Spitze laut ihres Plakats die Herren Dr. Asch, Engelmann, Stein, Breinersdorf u. s. w. stehen, kündigt für heute Abend in allen Bezirken Vorversammlungen der Urwähler in Bausch und Bogen an, und kleinere Anschlagzettel in jedem Bezirk (letztere ohne Unterschriften) laden die Betheiligten speziell dazu ein, Auf dieses Manöver hat das „konstitutionelle Wahl-Komitee für die Provinz Schlesien" einfach folgendes Plakat erlassen:

„In Folge mehrfacher Anfragen erklären wir hiermit, daß die Berufung zu den heut Abend abzuhaltenden Urwählerversammlung nicht von der konstitutionellen, sondern von der demokratisch-republikanischen Partei ausgeht." (Schles. Z.)

Dresden, 13. Januar, 1½ Uhr Mittags. In aller Eile kann ich Ihnen nur mittheilen, daß gestern in der 2ten Kammer Hensel der II., heute aber in der 1sten, incredibile dictu, Josechtz der Falsarius zum Präsidenten gewählt worden ist. — Also Josechtz wird als Vorstand der 1sten legislativen Körperschaft dem Könige gegenüberstehen bei der Eröffnungsfeier des Landtages. — Tiefbeschämt muß ich Ihnen dieß als Sachse melden! Gott helfe unserem armen für den Augenblick tiefgesunkenen Vaterlande, Gott schütze den König und sein Haus und alle redlich Gesinnten, er strafe aber die, die durch ihre fluchwürdige Schwäche diese Schmach über uns heraufgeführt haben! (N. P. Z.)

Frankfurt, 9. Januar. (149ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.) Tagesordnung:

1) Berathung des Berichts über das ministerielle Programm, „die österreichische Frage" betreffend.

2) Ergänzungswahl in den Central-Legitimations-Ausschuß.

Im Ganzen haben sich 94 Redner für den zu behandelnden Gegenstand aufzeichnen lassen. Zum Theil sind es dieselben Sprecher, die man auch in andern Fragen häufig auf der Tribüne erblickt, zum Theil aber auch ganz neue Namen. Es scheint, als solle keine parlamentarische Kraft im Hause übrig bleiben, die sich nicht bei diesem Streite zu bethätigen sucht.

Der Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses, Herr Venedey, eröffnet die Debatte mit dem Spruche: Gott mit Deutschland! Um die Theilung des Vaterlandes handele es sich. Man sage, die Trennung geschehe nur, um sich desto sicherer zu vereinigen. Aber Völker, die sich einmal getrennt, kämen nimmer wieder zusammen. Ein preußisches Kaiserthum sei vielmehr des Pudels Kern. Einmal ein Riß gesprengt zwischen Deutschland, werde sich die Kluft nur erweitern, nicht wieder schließen lassen und ein ungeheures Gewicht auf dem Manne lasten, der diese Frage zur Kabinetsfrage mache. Denn er werde die deutsche Zukunft zu verantworten haben.

Dieser Mann, der Reichsminister Heinrich v. Gagern, besteigt unmittelbar darauf die Tribüne, und mit demselben Spruche, den Herr Venedey für sich angeführt. Feierliche Stille. Herr v. Gagern wiederholt den Inhalt seiner Vorlagen, die er an die Versammlung und an den österreichischen Ausschuß gerichtet. Dann wendet er sich an die Erachten, welche der Ausschuß gestellt hat, und erklärt, daß das Reichsministerium den Antrag der Mehrheit nicht annehmen könne, den Antrag der Minderheit dagegen zu dem seinigen mache. Die Revolution, welche die Versammlung in die Paulskirche gerufen, ist hauptsüchlich hervorgegangen aus dem Gefühle der Nation, daß sie die Rolle unter den Völkern Europas nicht spiele, die ihr gebühre. Dies Gefühl habe sich ganz natürlich in den kleineren Staaten am lebhaftesten geltend gemacht, am wenigsten in Oesterreich. Wie es nun aber zu bewirken sei, zu einer einheitlichen Machtgestaltung zu gelangen, ohne die ganze alte Ordnung über den Haufen zu werfen, das war die Aufgabe des Nachdenkens der besten Freunde des Vaterlandes. Sehr bald sprach sich dies Bestreben in dem Satze aus: daß an die Stelle des Staatenbundes ein Bundesstaat treten solle. Es ist in dem Lassaulx'schen Antrage gesagt worden, man solle über Schulbegriffe nicht streiten. Ich thue das auch nicht; ich werde sogleich sagen, wie ich den Bundesstaat verstehe. Nennen Sie die künftige Verfassung Deutschlands wie Sie wollen, das Bedürfniß ist, daß es eine Gesammtregierung habe — eine Gesammtregierung, die sich auf den Willen der Nation stützt, wie er sich in der Vertretung der Nation ausspricht. Eine solche Regierung und Vertretung im Geiste der Nation durch die Verfassung zu schaffen, darin habe ich unsere Aufgabe erkannt. Ueber die Schwierigkeiten, welche diese Einheit finden würde, und über die große Reihe von Arbeiten, die uns auch jenseits der Verfassung bleibt, habe ich mich nie getäuscht. Was Oesterreich betrifft, so gab es seine sogenannten deutschen Vorlande beim Wiener Kongresse auf, und seine Politik richtete sich wesentlich auf die Donauländer und gegen den Osten. Den Preußen wird dagegen ihr Streben nach der Hegemonie Deutschlands zum Vorwurf gemacht. Im Gegentheil, das spezifische Nationalgefühl Preußens widerstrebt eher dem engsten Anschlusse an Deutschland, als daß es ihn sucht, doch hofft der Redner von der Einsicht und Vaterlandsliebe auch dieser Partei eine Umwandelung zum größeren Sinne. (Bravo!) Aber nicht auf eine preußische Hegemonie steuere er hin, sondern auf eine starke deutsche Regierung. Wer bei ihm persönliche Verbindungen, wer Verpflichtungen voraussetze anderer Art, als gegen das große deutsche Vaterland, der thue ihm Unrecht. (Das glaubt Niemand! Zuruf auch von der Linken: Niemand!) Ich beharre nicht auf einer vorgefaßten Meinung über Oesterreich. Ich werde mich gern als überwunden erklären, wenn man mir beweist: Oesterreich könne sich einer deutschen Gesammtregierung unterwerfen, die Oesterreich nicht selbst, nicht ausschließlich ist. (Bewegung.) Nicht also, daß ich Oesterreich ausscheiden wollte aus der deutschen Verfassung — aber ich glaube in der That, es wird sich nicht anschließen. Daher sind alle die Vorwürfe falsch, die von Abtrennung und Ausstoßung sprechen. Denn selbst wenn es unserer Verfassung beizutreten sich weigerte, bin ich weit entfernt, Oesterreich aus unserem Bunde zu lassen, von dem das Maß des alten Verhältnisses das Minimum ist. Sollen die Centralgewalt und deren Ministerium die Pflichten erfüllen, die sie übernommen haben, namentlich was die Vertretung nach außen anlangt, so müssen wir auch die Mittel dazu besitzen. Die Vorhut gegen Osten steht vorzugsweise bei Osterreich, daher sind vor Allem klare Verhältnisse und Beziehungen auch in dieser Richtung nothwendig. — Nachdem dann v. Gagern das Programm von Kremsier, welches durch die nachfolgende Erklärung nur wenig modifizirt sei, als die Grundlage seiner Ueberzeugung hingestellt, spricht er das Vertrauen aus, der Bevollmächtigte für Oesterreich, der ehemalige Mitarbeiter an dem deutschen Werke, Herr v. Schmerling, werde ihm auch ein treuer Mitarbeiter zur Anbahnung einer Vereinigung mit Oesterreich werden, die das deutsche Verfassungswerk nicht aufhalte, sondern es fördere. „Auf den Grund beschränkter Autorisation kann ich

die Pflicht nicht übernehmen, das Verhältniß der Centralgewalt und das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich vorzubereiten. Daß hier nichts vergeben werden solle, versteht sich von selbst. Ueber die letzten Fragen dieses Verhältnisses hat die Nationalversammlung unmittelbar zu entscheiden, und ich werde gewissenhaft in den Schranken meiner Befugnisse bleiben. Wenn Sie mich dann fragen, was ich, wenn die Autorisation dem Ministerium ertheilt würde, thun wolle, so ist es zunächst das, daß ich die Unterhandlung anknüpfe über diejenigen streitigen Gegenstände zwischen den Befugnissen der Centralgewalt und den Hindernissen Oesterreichs, seinen Verpflichtungen in Bezug auf diese Befugnisse zu entsprechen. Ich werde mich weiter bemühen, in Oesterreich das wahre Verständniß herzustellen über den Sinn, in welchem die Nationalversammlung ihre Beschlüsse über das Verfassungswerk faßt, damit man nicht glaube, es geschähe in einem feindlich abstoßenden Sinne, während uns Alle nur ein Sinn hier belebt, der des brüderlichsten Gefühles aller Deutschen, die sich nicht trennen wollen, sondern die nur die Unmöglichkeit vorerst noch vorsehen, sich so eng an einander zu schließen, wie es für einen großen und den größeren Theil Deutschlands zum Bedürfnisse geworden ist, und wie wir dieses Bedürfniß nicht erfüllen können, meines Erachtens, wenn nicht vorher das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland klar gestellt ist. Endlich werde ich, je nachdem der Fortschritt des Verfassungswerkes hier stattfindet, zu dem eigentlichen Verständnisse über die Lage Oesterreichs zu Deutschland zu kommen suchen. In diesem Sinne habe ich die Aufgabe der Centralgewalt zu seiner Regierung aufgefaßt, in diesem Sinne wünsche ich, daß Sie sie auffassen möchten, und mir die erbetene Ermächtigung ertheilen. Ich kann aber diesen Platz nicht verlassen, ohne noch einmal Sie zu erinnern, von welchen wichtigsten Fragen es sich hier handelt, die in einem fast unscheinbaren Inhalte der Vorlage des Ministeriums zusammen treffen. Es ist mein tiefstes Gefühl, daß es sich um das Schicksal des Vaterlandes handelt. Ich leugne nicht, ich möchte alle Glieder umspannen in einem Verfassungswerke unter einer Regierung. Aber die Möglichkeit dazu sehe ich jetzt nicht, darum aber glaube ich ein Freund meines Vaterlandes zu sein, wenn ich Ihnen vorschlage, wenn ich Sie bitte, ins Auge zu fassen, das Mögliche erreichen zu wollen. (Allgemeiner anhaltender Beifall aus der Mitte und von der rechten Seite des Hauses, Zischen links.)

Nach den klaren Auseinandersetzungen Gagern's und nach den nachdrücklichen Mahnungen, die von einer so bedeutenden Persönlichkeit unterstützt werden, würde es auch einem stärkeren Redner als Herrn Arneth von Wien schwer fallen, für die gegentheilige Meinung einige Aufmerksamkeit zu erlangen. Er führt den Zwiespalt zwischen Oesterreich und Deutschland darauf zurück, daß sich das letztere nicht begnügt habe, einen Bundesstaat zu begründen, daß es einen Einheitsstaat herzustellen strebe. Die §§. 2 und 3 der Verfassung seien eine Unmöglichkeit für Oesterreich und eine Verhandlung darüber ganz unmöglich, ja gar nicht denkbar. (Hört.) Nachdem Herr Arneth dies der Rechten hingeworfen, verletzt er die Linke durch die Hinweisung auf das siegreiche österreichische Heer, welches, wenn man etwa Zwang und Gewalt im Sinne habe, den zweiten Versuch eines Bürgerkrieges zurückweisen werde, wie den ersten kürzlich in Wien gescheiterten. Indessen gehört Arneth doch nicht zu denen, die, weil sie zunächst auf der unmittelbaren Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland selbst um den Preis der Vereinbarung bestehen, deshalb eine Union im erweiterten Verhältniß verwerfen. Im Gegentheil hält er es dann für seine heiligste Aufgabe, zu einem brüderlich innigen Bündnisse des vereinigten Deutschlands mit Oesterreich beizutragen. (Bravo!)

Ziegert aus Minden bereut lebhaft, daß das Haus den Regierungen zur bereitwilligen Stütze gedient und sie gegen jedes Wetterwölkchen in Schutz genommen habe. Er richtet sogar an den vor ihm sitzenden Staatssekretär (Herrn Bassermann) die Frage, ob er nicht ebenfalls eine ähnliche Reue empfinde. Der lachenden Miene, mit der der Gefragte antwortet, stimmt die Versammlung mit lauter Heiterkeit bei. Herr Ziegert ist der Meinung, Oesterreich hätte wohl an Deutschland gekittet werden können, hätte man nicht die Gelegenheiten dazu vorübergehen lassen. Eine solche Gelegenheit, wenn mir den Redner recht verstehen — denn es wird sehr unruhig während seines Vortrages — sei auch Blum's Hinrichtung gewesen. Im Ganzen erklärt sich die freilich verworrene Schlußfolgerung für das Minderheits-Erachten.

Die hohe Stimme, die hierauf einfällt, um das Ministerial-Programm zu bekämpfen, gehört Herrn Wagner aus Steyer. Er bittet dringend, das schwierigere Werk, die Verfassung mit Oesterreich zu errichten, nicht aufzugeben, um der leichteren Hoffnung willen: zu Stande zu kommen ohne Oesterreich. Das deutsche Volk dürfe keines seiner Rechte aufopfern, es dürfe die Bande nicht lockern, die Oesterreich für immer mit Deutschland verknüpften.

Jordan von Berlin: Deutschland ist ein blühender fruchttragender Baum, am Rheine wurzelnd und aufstrebend mit doppelter Krone auf doppeltem Stamme. Ein jeder dieser Wipfel ist stark genug, sich selbst anzugehören. Dennoch muthet man dem einen zu, sich an das Verfassungsspalier des anderen binden zu lassen. Der Redner verbreitet sich dann ausführlich über die geschichtlichen Verhältnisse Oesterreichs, über seine Lage und natürliche Bestimmung. Die Unruhe der Versammlung wächst jedoch so sehr von der linken Seite des Hauses her, daß Herr Jordan dem Präsidenten selber kaum noch verständlich bleibt. Nur unter wiederholten Unterbrechungen und Pausen sind wir im Stande, an einzelnen zusammenhängenden Sätzen mit unserem Gehöre anzuknüpfen. Der Redner zeigt, daß es Oesterreich nicht einmal Ernst sei auch nur mit der Erfüllung der zugesagten Bundespflichten. Aber nicht diese Unterlassung wolle er Oesterreich vorwerfen — nur ein Idealist könne von ihm eine Unterordnung unter Deutschland erwarten — sondern nur den Mangel an Muth zu einer aufrichtigen Erklärung. Auch der Schluß des Vortrags erstickt unter dem Geräusche der Versammlung, die durch kein Mittel zur Aufmerksamkeit oder auch nur zu einem ruhigen Verhalten zurückzuführen ist. Plötzlich stellt sich ein tiefes Schweigen im Hause ein, der jetzige Bevollmächtigte Oesterreichs bei der Centralgewalt besteigt die Tribüne.

von Schmerling: Der deutsche Mann, der an der Spitze des Ministeriums steht, und den ich mit Stolz meinen Freund nenne, hat ein wahres Wort gesprochen, als er sagte, es sei ein anderes Selbstgefühl, womit der Angehörige eines großen Staats als der eines kleinen auf seine Sondergeschichte blicke. Ich kenne diesen Stolz, denn ich bin ein Oesterreicher. Die Auszeichnungen aber, die mir in Wien zu Theil geworden, galten meiner Wirksamkeit als Reichsminister, meinen Bemühungen für die deutsche Sache, indem ich die Ordnung wieder herstellte in Baden, in Thüringen und hier in Frankfurt selbst diese Versammlung vor einem Ueberfall von Meuchelmördern schützte. (Hoho! von der Linken. Unterbrechung, in Folge deren Herr Eisenmann zur Ordnung gerufen wird.) Ich wiederhole, daß ich stolz darauf bin, ein Oesterreicher zu sein. Machen Sie, daß Sie ein einiges Deutschland herstellen, und dann erst werden Sie eine Geschichte haben. Bis jetzt hat Deutschland keine Geschichte. — (Neue Unterbrechung. Das ist frech!) Sie haben eine preußische, bayerische und württembergische Geschichte — keine deutsche. Die Zeit, wo Deutschland ein Einheitsstaat war, liegt in zu weiter Ferne. (Stimme von der Linken: Die Geschichte der deutschen Einheit hörte auf, als die der habsburgischen Kaiser begann.) Man hat die Frage verneint, daß Oesterreich und Deutschland in engster Vereinigung zusammengehen könnten. Man hat alle alten Sünden aufgezählt, die Oesterreich an der deutschen Sache begangen haben soll. Ich will die Vergangenheit nicht in Schutz nehmen. Aber nicht Oesterreich allein trifft der Vorwurf, seine dynastischen Interessen über das allgemeine Wohl gestellt zu haben. Es trifft alle größeren Staaten Deutschlands. Der Redner sucht diese Behauptung durch einen geschichtlichen Ueberblick zu belegen, wobei er nur vergißt, daß unter allen deutschen Staaten keiner eine so unmittelbare Pflicht zur Erhaltung des Reiches hatte, als der Staat, bei dem die Kaiserkrone gewesen, als der jedesmalige „beständige Mehrer des Reichs". Ich habe der Vergangenheit nur gedacht, um, wenn man meinem engeren Vaterlande ausschließlich die Schuld unerträglicher Zustände zuschreibt, Verwahrung einzulegen. Ich habe die bei weitem wichtigere Aufgabe, die gegenwärtige Stellung Oesterreichs zu Deutschland offen und unumwunden darzulegen. Man tritt vor Allem der österreichischen Regierung um deshalb entgegen, weil sie das Prinzip der Vereinbarung oder der Verständigung geltend macht, man findet darin einen Anspruch wider das Lebensprinzip dieser Versammlung. Aber vier Wochen, bevor die Reichs-Versammlung zusammentrat, hat sich die österreichische Regierung allein in ganz Deutschland über die Stellung zu der National-Versammlung offen erklärt. Am 17. April hat das österreichische Ministerium offen ausgesprochen, daß es den Beschlüssen der National-Versammlung nur dann Geltung für Oesterreich zugestehen könne, wenn im Wege der Verständigung eine nachträgliche Bestimmung seitens der österreichischen Regierung geschähe. Auf diese Erklärung hin wurden die Wahlen in Oesterreich ausgeschrieben. Auf diese Erklärung hin traten die Abgeordneten Oesterreichs in dieses Haus. Man hat kein Bedenken getragen, sie an den Berathungen Theil nehmen zu lassen. Sie haben, meine Herrrn, in der Folge den Beschluß gefaßt, daß Sie allein die Verfassung festzustellen hätten. Dessenungeachtet ist die österreichische Regierung von ihrer ursprünglichen Erklärung nicht abgegangen, sie ist ihr treu geblieben, wie es auch in der Note vom 28. Dezember gesagt ist, daß sie sich die Verständigung über das Verfassungswerk vorbehalte. Ich erkenne aber darin weder einen Angriff, noch, wie man es so häufig geltend machen will, einen Vorgang, der ähnliche Erklärungen anderer Regierungen hervorzurufen geeignet wäre, denn die Maßregel beruht auf dem Gebote der Nothwendigkeit, wenn Sie die eigenthümliche Stellung Osterreichs zu Deutschland ins Auge fassen. Sie können unmöglich leugnen, daß jede Aenderung in der Verfassung der deutsch-österreichischen Gebietstheile wesentlich in die nichtdeutschen Gebiete eingreift, die durch Staatsverträge zu einem Ganzen verbunden sind. Man beschuldigtaber die österreichische Regierung namentlich, indem man ihre Politik als eine zweideutige, als eine hinterlistige bezeichnet, und man will diesen Vorwurf damit begründen, daß die neue Depesche des österreichischen Ministeriums im Widerspruche stehe mit dem Programm, was dem Reichstage zu Kremsier vorgelegt wurde und dessen Zustimmung erhielt. Ich kann es hier mit Offenheit aussprechen, daß zu jener Zeit, als das Programm in Kremsier kund gemacht wurde, die öffentliche Meinung in Oesterreich verletzend berührt worden war durch die frankfurter Beschlüsse. Sie setzte einen Geist der Feindseligkeit voraus, der sie bei der Annahme der §§. 2 und 3 der Verfassung geleitet hätte. Meiner persönlichen Dazwischenkunft ist es gelungen, das österreichische Ministerium über seinen Irrthum aufzuklären, es auf einen richtigeren Standpunkt zu führen. Auf Grund genauerer Kenntnißnahme von den Thatsachen sind die ministeriellen Modifikationen erfolgt. Aber die österreichische Regierung spricht sich auf das entschiedenste dahin aus, daß sie fern sei, die künftige Gestaltung Deutschlands zu beirren, und ich bin von dem Prinzip so durchdrungen, daß ich mein Amt sofort niederlegen würde, wenn mir die Zumuthung würde, hindernd in die Gestaltung Deutschlands einzugreifen. Dabei bekenne ich, es wäre für Deutschland eine bei weitem leichtere Aufgabe, die Verfassung zu gewinnen, wenn Oesterreich nicht ein Bestandtheil davon wäre. Ich erkenne vollkommen an, daß die deutsche Verfassung vielleicht zur Stunde schon vollendet sein könnte, ja schon ins Leben getreten wäre; aber an Ihnen ist's, die Macht der Verhältnisse und der Thatsachen anzuerkennen, und Sie dürfen nicht das Gebäude der Verfassung so entwerfen, daß nothwendig der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland hervorgehen muß. Sie haben vielmehr die Verpflichtung, auf die eigenthümliche Stellung des ersteren Rücksicht zu nehmen. Der Weg der Verständigung wird ohne Zweifel zum Ziele führen. Zur befriedigenden Lösung der großen Aufgabe beizutragen, dazu bin ich und im Geiste der Politik das österreichische Kabinet bereit. Es gehen meine Aufträge dahin, die Mißverständnisse, die sich zwischen Oesterreich und Deutschland eingedrängt haben, zu beseitigen. Sie gehen dahin, den Weg anzubahnen, daß beide Staaten in jene Beziehung zu einander treten, die dem Wohle Oesterreichs und Deutschlands die allein nothwendige und gedeihliche sein kann. In diesem Sinne bin ich zu wirken bereit, in diesem Sinne faßt Oesterreich seine Aufgabe auf. Ich wiederhole es, daß es weit entfernt ist, der Entwickelung Deutschlands entgegenzutreten. Gelingt es mir, in diesem Sinne zu wirken und mir das Vertrauen des hochachtbaren Mannes, der an der Spitze der Regierung steht, zu erhalten, dann, meine Herren, hoffe ich, daß unser vereintes Wirken nicht ohne Erfolg sein wird. (Beifall von mehreren Seiten des Hauses, und nach Schmerling's Rede wird die Sitzung vertagt.) Zu erwähnen ist, daß in Folge der gestrigen Wahl in den Legitimations-Ausschuß Herr Viebig aus Posen eintritt.

Frankfurt, a. M., 12. Januar. (150ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Berichts über das ministerielle Programm „die österreichische Frage" betreffend.

In der österreichischen Frage werden fernere Verbesserungs-Anträge verlesen, einer von Golst aus Brieg und ein anderer von Damm aus Tauberbischofsheim. Dann erhält das Wort Herr

Ludwig Simon von Trier. Den Slawen hat das einige und freie Deutschland in seinem edlen Stolze die Eigenthümlichkeiten ihrer Sitten und Sprache gewährleistet. Jetzt kann das zerrissene und zerstückte Vaterland seine eigene Eigenthümlichkeit nicht mehr behaupten, und es giebt seine Brüder, seine Söhne, seine Familien, es giebt Frauen und Kinder — der Gnade der Slawen preis. Als es Ruge hier aussprach, die Radetzky's müßten vertilgt werden, erklärte der gegenwärtige Ministerpräsident einen solchen Wunsch für einen Landesverrath. Heute sind wir aber im Begriffe, den damals gerügten Landesverrath in weit ausgedehnterer, thatsächlicherer Weise an ganzen Provinzen zu begehen. (Lärmender Beifall von der Linken.) Der Redner beleuchtet dann in seiner sarkastisch spottenden Weise, wie es mit der Politik des Ministeriums Schmerling beschaffen gewesen, der beständig von der Tribüne verkündete, daß er der Reaktion und dem Partikularismus mit derselben Entschiedenheit entgegentreten werde, wie der Anarchie. „Wie sodann Herr v. Schmerling in Wien unter dem Schutze des Fürsten Windischgrätz erklären konnte, er habe in Frankfurt niemals vergessen, daß er ein Oesterreicher sei, das begreife ich. Aber ich begreife nicht, wie er es dann wagen konnte, jemals wieder den deutschen Boden zu betreten." (Beifall.) Herr Simon geht hierauf auf eine ausführliche Darstellung der Frankfurter September-Ereignisse ein. Damals, als noch kein Schuß gefallen, habe Schmerling die Vermittelung der Linken mit den Worten zurückgewiesen: das Gesetz muß aufrecht erhalten werden. (Bravo von der Rechten.) Ich komme auf dies Bravo zurück, meine Herren. Die Strenge des Herrn von Schmerling aber war nur unnachsichtlich gegen die untern Schichten des Volks, um desto schonender zu verfahren gegen das Volk — nach oben. Die heldenmüthige Vertheidigung Wiens am 31. Oktober war der letzte Protest der deutschen Partei Oesterreichs gegen die Gesammt-Monarchie. Während aber dort eine Schaar tapferer Männer Angesichts des drohenden Todes sang: „Was ist des Deutschen Vaterland", erkannte es eine parlamentarische Versammlung, in welcher der Dichter jenes Liedes sitzt, nicht für dringend an, jenen deutschen Männern zu helfen. Die Hindernisse Preußens, das Kaiserthum Deutschlands zu empfangen, sind sein König, sind die Antipathieen Süddeutschlands, welche durch die oktroyirte Verfassung wieder lebhaft hervorgerufen wurden, ist die Note des österreichischen Ministeriums. Bedenken Sie, daß sich diese Staaten auf Oesterreich und daß sich Oesterreich auf Rußland stützt und jetzt fragen Sie sich, wie Sie Kleindeutschland zusammenbringen wollen. Aber da wir (von der Linken) weder eine preußische noch österreichische Politik wollen, so lassen sie sich sagen, was unsere Meinung ist. In dem Antrage des Herrn von Lassaulx erkennen wir die Bezeichnung einer bittern Wahrheit. Wir wollen dennoch auf unsere Rechte nicht verzichten, wir wollen keine Selbstschändung begehen. Zur Tagesordnung über das Ministerial-Programm. Sonst heißt es künftig: Ein Preußen, Ein Oesterreich, aber kein einiges Deutschland mehr!" Unter dem rauschenden Beifalle seiner Partei kehrt Simon auf seinen Platz zurück. Auf der Tribüne ersetzt ihn Herr

Raveaux von Köln. Er ist gegen eine Maßregel, die er den Ausschluß Oesterreichs nennt, aus rechtlichen Gründen. Die Wünsche, die uns hierher gesendet haben, waren sehr unbestimmter Art. Sie fassen sich jedoch in den Worten zusammen: Einheit! Freiheit! Kein Theil der deutschen Abgeordneten hat das Recht, den andern auszustoßen. (Von der Rechten: Soll das geschehen?) Es wäre die Konsequenz. Der Minister-Präsident sagt: Oesterreich will nicht in den Bundesstaat eintreten. Er meint damit die Regierung. Das Volk von Oesterreich will aber allerdings in den Bundesstaat eintreten, es darf nur seine Meinung nicht äußern; ich behaupte sogar, selbst das österreichische Ministerium will in deü Bundesstaat eintreten. Es ist nur nicht frei in dem Lande, wo die slavischen Soldaten herrschen. Für Schleswig haben wir einen Krieg übernommen, um bei Deutschland zu halten, was zu Deutschland gehören will — ich rathe Ihnen Oesterreich gegenüber keinen Bürgerkrieg, ich rathe Ihnen aber, nicht los zu lassen, was unser ist. Herr Raveaux kommt dann auf den Empfang der Deputation zu sprechen, die nach Oesterreich ging, den Reichsverweser einzuholen. In Linz sei von Tausenden am Ufer kein Mensch gewichen, bis das Dampfboot, auf dem sich die Abgeordneten des deutschen Reichstags befanden, aus den Augen der Zuschauer verschwunden war. Die Abreise eines Fürsten, hätte damals von Saucken bemerkt, würde die Masse so lange nicht beisammengehalten haben. Kein Land in Deutschland sei damals deutscher gewesen, als Oesterreich. Dennoch wolle es der Minister-Präsident jetzt aus dem Gesichtspunkte eines Sonderverhältnisses behandeln. Dazu sei kein Grund vorhanden. Am 18. März habe sich der König von Preußen mit so familiärer Herzlichkeit gegen die Deputation und über seine Stellung zur Oberhauptsfrage ausgesprochen, daß er (Herr Raveaux, der zu jener Deputation gehörte) durchaus daran zweifeln müsse, daß König Friedrich Wilhelm IV. jemals die Kaiserkrone annehme. Was dann? die Anarchie würde herrschen statt eines Kaisers. Auch für die materiellen Interessen des Volkes bietet nur die Verbindung mit Oesterreich ersprießliche Aussichteu dar. Die Konkurrenz der beiden Hauptmächte Deutschlands ist für Deutschland nothwendig, wir dürfen sie nicht nähren. Wir müssen mit Oesterreich Preußen im Schache halten und mit Preußen Oesterreich, ohne von da oder dort einen Kaiser zu entlehnen. Denn ich denke mir die Spitze der deutschen Verfassung nicht in monarchischer, sondern in republikanischer Form. Die Nation soll regieren, kein Fürst. Ich bin aus Köln, wo das Symbol der deutschen Einheit, der Dom, steht. Nehmen Sie Eine Säule heraus aus diesem Dome, und Sie machten ihn zu einer Ruine.

Reichsminister Herr v. Beckerath: Kein Theil Deutschlands soll deutscher sein, als Oesterreich — wo 70 Wahlbezirke für Frankfurt gar nicht gewählt haben! Erinnern Sie sich des Schreibens des Freiherrn von Andrian, der Erklärung von Würth's, der Aeußerungen zahlreicher Corporationen des Kaiserstaats über die §§. 2 und 3 und gegen ihre frankfurter Vertreter. Endlich hätte doch das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. November den letzten Zweifel beseitigen müssen. Ich sage das nicht, um einen Vorwurf gegen Oesterreich erheben, allein es war natürlich, daß das Ministerium daraus die Erkenntniß schöpfte, daß Oesterreich nicht in den engeren Bundesstaat einzutreten im Stande sei. Wesentliche Modifikationen dieses Programms sind auch durch die nachträglichen Erklärungen nicht gegeben worden. Wir stünden in Deutschland mithin wieder an den Pforten des Staatenbundes, in welchem eine Volksvertretung in wirksamer und selbstständiger Weise eine Unmöglichkeit ist. Das deutsche Volk will eine solche Vertretung und will ein Zusammenfassen seiner Macht. Mit ihr werden auch die materiellen Vortheile kommen, hinsichtlich deren man uns auf Oesterreich verweist. Der Reichstag in Kremsier beschäftigt sich mit den Grundrechten und läßt auf die Feststellung der Verfassung noch monatelang warten. Werfen Sie dieser Zögerung gegenüber, in die wir geriethen, einen Blick auf Frankreich, einen Blick auf unsere verwickelten Verhältnisse zu Dänemark. — Das Warten auf Oesterreich ist das Streben der deutschen Einheit. (Bravo.) Ueber den Bericht der Ausschußmehrheit habe ich nur Weniges zu sagen. Er setzt voraus, daß das deutsche Oesterreich in den engeren Bundesstaat eintreten werde. Er setzt also voraus, daß der Gesammtstaat Oesterreichs zerfalle. Er geht in dieser Voraussetzung so weit, daß er bereits einen besonderen österreichisch-deutschen Staat annimmt. Das sind nicht Thatsachen, sondern Fiktionen. Hat der Bericht, was ich hier nicht untersuchen will, einen ästhetischen Werth, so hat er doch keinen politischen. Ich habe darin vergebens nach einem Vorschlage gesucht, wie das Problem zu lösen sein möchte, daß das deutsche Oesterreich als ein integrirender Theil der Gesammtnonarchie angehöre und dennoch auch in den deutschen Bundesstaat eintrete. Ich warte nun mit Spannung darauf, ob das geehrte Mitglied aus Oesterreich, welches uns so oft durch sein Gefühl und seine begeisterten Reden hingerissen hat, auch noch praktische und klare Mittel angeben wird, wodurch wir es möglich machen können, daß wir unsere deutschen Brüder in Oesterreich in unsere engere Form hineinziehen. Wer aber solche Mittel nicht finden kann, der muß, um seiner heiligen Pflicht gegen das Vaterland willen, den einzigen Weg nicht verschmähen, der in den Verhältnissen Oesterreichs zu Deutschland sich darbietet. Wir werden, meine Herren, diesen Weg, wenn Sie uns die Ermächtigung dazu ertheilen, mit dem heißen Wunsche gehen, daß für die Verbrüderung zwischen Deutschland und Oesterreich, für die unauflösliche Verbrüderung eine lebensvolle, der künftigen Ausbildung fähige Form gefunden werde. Wir werden ihn betreten mit der reinsten deutschen Gesinnung, das erkläre ich hier vor Gott und der Nation (Bravo auf der Rechten. Zischen und Hohn auf der Linken) frei von allem Partikularismus, nur das Gesammtwohl, nur das Heil des gesammten Vaterlandes im Auge haben (Bravo). Daß das Ministerium diese deutsche Gesinnung hat bethätigen wollen, davon werden unser Programm vom 18. Dezember und die spätere Mittheilung an den Ausschuß, was auch da kommen möge, der Nachwelt unumstößliches Zeugniß geben. An Ihnen ist es nun, in diese Bahn einzutreten. Sie haben noch immer in den entscheidenden Augenblicken sich dem besseren Genius des Vaterlandes zugewendet. Sie werden es auch heute thun, Sie werden die Hoffnungen nicht zerstören, die das Volk hegt, die Hoffnungen, für die wir als Jünglinge geschwärmt und für die wir als Männer unsere besten Kräfte eingesetzt haben. Sie werden, meine Herren, die deutsche Sache nicht sinken lassen. (Bravoklatschen in der Versammlung.) Noch ein Wort, meine Herren: das Programm vom 18. Dezember und die spätere Mittheilung an den Ausschuß sind der innigste Ausdruck unserer gewissenhaften Ueberzeugung, sie sind Satz für Satz im Ministerrathe erörtert und zum Beschlusse erhoben worden. Mit ihnen stehen und fallen wir, meine Kollegen und ich. Ich glaube das hinzufügen zu müssen, damit auch nicht der mindeste Zweifel darüber obwalte, daß zwischen dem Kollegium und zwischen seinem Präsidenten die engste Solidarität bestehe!"

Wer die Erscheinung des Herrn von Wydenbrugh, der darauf das Wort nimmt, ins Auge faßt, wird den Wunsch des Redners natürlich finden: „daß die Großen in Deutschland etwas kleiner und die Kleinen dafür etwas größer sein möchten." Sein Standpunkt ist der, daß er, unter dem beifälligen Zurufe der Linken, nur Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Frage sieht und durchaus keinen Ausweg. Ja, er droht sogar, sich von der Monarchie abzukehren und zur Republik, wenn dies die letzte Zuflucht der „Volkskraft" sein sollte. Das ministerielle Programm hat ihn mit dem tiefsten Schmerze erfüllt. Denn er hätte nimmermehr gewünscht, das eine so tief in deutsches Mark und Leben einschneidende Frage zu einer Kabinetsfrage gemacht würde. Um was es sich zwischen Deutschland und Oesterreich handle, das sei die Auflösung jedes staatlichen Verhältnisses. Denn, wissen Sie, meine Herren, warum man ihnen die Union nicht näher bezeichnet, die mit Oesterreich errichtet werden soll? Weil sich darunter gar nichts Bestimmtes denken läßt. Ein völkerrechtliches Bündniß wie das, auf welches man uns verweist, können wir auch errichten mit Holland oder mit Dänemark. Wir haben die Verfassung für ganz Deutschland abzuschließen, nicht aber den Auftrag, es zu zerreißen. Das Thor muß offen bleiben für die deutsch-österreichischen Provinzen, wodurch sie jeden Augenblick eintreten können zu der Familie, zu der sie von Gott und Rechts wegen gehören. Die §§. 2 und 3 der Verfassung werden allerdings abgeändert werden müssen; doch nicht blos Oesterreichs, auch anderer Staaten wegen. Wenn die großartige Sonderbündelei zu Stande käme, die man vor hat, was wollten Sie dann sagen, wenn Bayern erklärte: Für die Einheit wären wir zu jedem Opfer bereit gewesen. Trennt Ihr aber Deutschland, so trennen wir auch unser Geschick von Euch. Zerreißen Sie, ich bitte, ich beschwöre Sie, zerreißen Sie vor Allem den Boden nicht, auf dem das Vaterland steht. (Langer Beifall von der linken Hälfte des Hauses.) Der Rede des Herrn Sepp aus München fehlt hinwiederum alle Aufmerksamkeit. Er erklärt, daß Baiern in Deutschland aufgehen wolle, aber nicht blos in Norddeutschland. Durch das immer mehr anschwellende Geräusch schallen endlich nicht einmal einzelne Worte mehr hindurch. Nachdem der Präsident bereits bemerkt hat, daß er selbst den Redner längst nicht mehr verstehe, fügt er später hinzu, durch solche Unruhe werde selbst die stenographische Niederschrift verhindert. Herr Sepp behauptet sich dennoch mit bewundernswerther Tapferkeit auf seinem Platze, den er sodann unter dem ironischen Beifall des Hauses verläßt. Sein Antrag lautet dahin, das Reichs-Ministerium zu veranlassen, daß es dahin wirke, daß Oesterreich mit seinem ganzen Länder-Komplexe in den deutschen Bundesstaat eintrete.

Frankfurt, 11. Januar. Als Herr von Schmerling heute die Tribüne betrat, um gegen das Ministerium zu sprechen, folgte der Unruhe, welche die Rede seines Vorgängers begleitet hatte, die gespannteste Aufmerksamkeit; man erwartete von ihm Aufklärung darüber zu erhalten, welche Gedanken Oesterreich verfolge, wenn es sich bei der Ausführung des Gagern'schen Programmes widersetze, welche Stellung es sich zu und in Deutschland geben wolle, wenn es zwar an dem Bundesstaat Antheil verlange, sich aber den Bestimmungen der Verfassung zu unterwerfen weigere. Man urtheile selbst! Die Rede des Herrn von Schmerling nahm folgenden Gang: Er begann mit der Vertheidigung seiner Wiener Rede; wenn er gesagt habe, er habe sich auch in Frankfurt als Oesterreicher gefühlt, so heiße das nur, er sei stolz, ein Oesterreicher zu sein; bis jetzt gebe es

keine deutsche Geschichte, diejenigen Deutschen seien also glücklich zu preisen, welche zu einem großen Staate mit einer wirklichen Geschichte gehörten. Er rechtfertigte dann die Ansprüche Oesterreichs, in den deutschen Staat aufgenommen zu werden; es sei von jeher eben so deutsch wie Preußen gewesen; es habe ein Recht auf die Aufnahme; die Versammlung habe aber die Pflicht, die Verfassung so einzurichten, daß Oesterreich eintreten könne, wenn ihre Aufgabe dadurch auch eine schwierigere werde, — wenn selbst ohne Oesterreich die Verfassung jetzt schon in's Leben getreten wäre. Man habe, fuhr er fort, Oesterreich eine hinterlistige Politik vorgeworfen, und zwar deshalb, weil das Ministerium sein Programm von Kremsier hinterher modifizirt habe. Hinterlistig sei es aber gewiß nicht, einen Standpunkt, den man für unhaltbar erkenne, aufzugeben und offen zu erklären, daß man ihn aufgebe. Seine Reise nach Wien habe den Zweck gehabt, das Ministerinm zu diesem Schritt zu bewegen. Das österreichische Ministerium, schloß er, sei weit entfernt, dem Zustandekommrn der deutschen Verfassung Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen; die Aufträge, die es ihm gegeben, seien vielmehr gerade dahin gerichtet, auf ihre Beförderung zu wirken, und er würde sein Amt niederlegen, sobald er Aufträge entgegengesetzter Art erhielte. — Das war seine Rede! Nur so einfach, wie wir sie hier hinstellen, ward sie uns nicht geboten; sie war in eine solche Fülle diplomatischer Wendungen gekleidet, daß es schwer hielt, diesen Kern herauszuwickeln. Und dieser Kern selbst, was ist das Feste in ihm, was das Greifbare und Wirkliche? Wenn Herr von Schmerling uns mit den Mienen einer wichtigen diplomatischen Mittheilung sagt, er habe den Auftrag, die Konstituirung Deutschlands nicht zu hindern, sondern zu fördern, so bleibt uns nur leider der Zweifel, welche Verfassung Oesterreich Deutschland geben will, und wenn er sagt, Oesterreich habe ein Recht und den Wunsch, in den deutschen Staat einzutreten, so frägt es sich nur, wie mit Oesterreich ein Staat möglich sei. Mit der Glätte eines Aales wußte Herr von Schmerling sich aus jeder Frage, in die er sich scheinbar einließ, wieder herauszuwinden, und mit vielen Phrasen zu verdecken, daß er nichts sagte. Und doch — zwei Dinge hat er gesagt, die wir als unschätzbare Wahrheiten aufzeichnen wollen: die erste, daß ohne Oesterreich die deutsche Verfassung wahrscheinlich schon jetzt in's Leben getreten wäre, die zweite, daß das österreichische Ministerium seinen Standpunkt änderte, als es sah, daß er unhaltbar sei, d. h. in die Sprache des gewöhnlichen Lebens übersetzt, als es sah, daß die deutsche Verfassung ohne Oesterreich in's Leben treten würde. — Herr von Schmerling hat einen neuen glänzenden Beweis seiner Geschicklichkeit gegeben; zur Lösung der großen österreichischen Frage aber hat er nichts beigetragen — es sei denn durch die Lehre, die sein Auftreten uns geben kann! (D. Z.)

Frankfurt, 12. Januar. Die Adresse der Thüringischen Fürsten an den König von Preußen ist von jedem der Fürsten besonders eingesandt; bei allen Adressen hat jedoch ein gemeinsamer Entwurf vorgelegen, den wir im Stande sind mitzutheilen. Er lautet: Die Majorität des Verfassungsausschusses der deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M. hat den Beschluß gefaßt, daß an die Spitze unseres gemeinsamen Vaterlandes ein Kaiser gestellt werde. Wir hoffen, daß die National-Versammlung diesen Beschluß zu dem ihrigen machen werde, denn einig und kräftig wollen auch wir das neue Deutschland, da es nur so die ihm gebührende Stellung nach Außen behaupten, da nur so die gesetzliche Freiheit gedeihen kann. — Darum erkennen wir jenen Beschluß als gerechtfertigt, wenn anders, wie wir nicht zweifeln, das Absehen darauf gerichtet ist, die neue Würde einem Fürsten zu übertragen, der mit dem Willen auch die Kraft hat, dem hohen Beruf vollständig zu entsprechen. Wollen wir auch nicht undankbar vergessen, was die Erinnerung an frühere Jahrhunderte uns lehrt, so dürfen wir doch auch eben so wenig unbeachtet lassen, was der Lauf der Zeiten uns gebracht hat. Die Geschichte ist der getreue Ausdruck der ewigen Gesetze, welche die Geschicke des Menschengeschlechtes leiten und sie weist Ew. Majestät die erhabene Stelle an. Darum, das göttliche Gebot ehrend, werden Ew. Majestät keinen Anstand nehmen, dem Rufe zu folgen, wenn er auf irgend einem Wege an Höchstdieselben gelangen sollte. Aber im Hinblick auf die edlen Gesinnungen, welche in einer anderen Richtung Ew. Majestät stets beseelt haben, wollen wir, die unterzeichneten Fürsten Thüringens, nicht säumen, Allerhöchst und Höchstdenselben hierdurch noch besonders die Erklärung zu Füßen zu legen, daß wir Ew. Majestät mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen und anerkennen werden. ꝛc. ꝛc. (D. Z.)

Freiburg, 6. Januar. Das Verfahren gegen Struve und Blind ist nun so weit gediehen, daß Beide in Anklagestand versetzt und zur Aburtheilung vor das Geschwornegericht gewiesen sind. Nach den Vorschriften unserer Strafproceßordnung hat der Staatsanwalt innerhalb acht Tagen die Anklageschrift bei dem Hofgerichte einzureichen, worauf solche den Angeklagten, zunächst um weitere Beweismittel zu bezeichnen, mitgetheilt wird, und erst nach Ablauf der hiefür vorgeschriebenen Frist von acht Tagen kann sodann die öffentliche Schlußverhandlung angeordnet werden.

Aus Schleswig-Holstein, 8. Januar. Von Kiel aus ging eine Petition an das Kriegsdepartement nach Schleswig, mit der Bitte um stärkere Befestigung des Hafens. Ihren Ingrimm über den verhältnißmäßig glänzenden Stand der Schleswig-Holsteinischen Finanzen nach den der Landesversammlung vorgelegten Abrechnungen versucht die Berling'sche Ztg., unter das im Büdget in Aussicht gestellte Defizit von 5 Millionen Mark-Courant, das bekanntlich durch den Kassebehalt von 1848 und durch die noch zu remittirenden Kassenscheine mehr als gedeckt ist, zu verbergen, und diesen Kassebehalt selber weiß Flyvenposten sich nicht anders zu erklären, als im Hinblick auf die von den Aufrührern in Rendsburg, in Altona und an andern Orten „gestohlenen" Summen. Die Wahrheit ist sehr einfach. Dänemark ist ein armes Land, das den Sundzoll auf sein Steckenpferd, die Flotte, verwandte, und im Uebrigen vom Fette der Herzogthümer zehrte. Jetzt sind die Dänen auf ihre eigenen Hilfsmittel angewiesen. Schleswig-Holstein ist aber ein Land, wo Milch und Honig innen fließt, welches ein Kriegsjahr wohl überstehen kann, ohne zu verarmen. (D. Z.)

Oesterreich.

Wien, 12. Januar. Aus Pesth erfährt man, daß wegen des Einlasses und Ausgangs daselbst eben so strenge Vorkehrungen getroffen worden sind, wie in der ersten Zeit der Besetzung Wiens. — Obschon Zeituntungen und Gerüchte die Gefangennehmung Kossuths wiederholt bringen, so hat sich dieselbe doch noch nicht bestätigt. Er soll noch in der letzten Zeit zwei seiner Unterhändler nach Paris und London geschickt haben, um die dortigen Regierungen um Vermittelung anzugehen. Gewiß ist jedoch, daß er in der letzten Zeit die Nachricht verbreitete, Louis Napoleon habe die Ungarn aufgefordert, sich so viel als möglich aus den Städten zurückzuziehen, und sich im Freien zu konzentriren, um sich so lange halten zu können, bis die Franzosen ihnen zu Hilfe kämen. (Schl. Z.)

Triest, 8. Januar. Gestern früh lief ein neapolitanisches Dampfboot in unserem Hafen ein und brachte zwei neapolitanische Bevollmächtigte mit, welche wegen der Einschiffung von 4000 Schweizern, die der König in Sold genommen, und die über Triest ihren Weg nehmen werden, mit der Dampfschifffahrts-Gesellschaft des österreichischen Lloyd Unterhandlungen anknüpfen sollen. (Ll.)

Getreide-Bericht.

Berlin, 15 Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Thlr.

Roggen, in loco 26 — 27½ Thlr., pro Frühjahr 82pfd. 28½—28 Thlr.

Gerste, große, in loco 22—24 Thlr., kleine 19—21 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15 — 16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. 15½ Thlr.

Rüböl, in loco 13 Thlr. bez., pro diesen Monat 13 Thlr. Br., $12\frac{11}{12}$ bez., pro Janr. Febr. $12\frac{5}{6}$ Thlr. Br., 12¾ bez., pro Febr.—März 12¾ Thlr. Br., 12⅔ bez., pro März—April 12⅔ Thlr. Br., $12\frac{7}{12}$ G., pr. April—Mai $12\frac{7}{12}$ Thlr. Br., 12½ bez.

Leinöl, in loco $9\frac{5}{6}$ a ¾ Thlr., auf Lieferung pr. April—Mai $9\frac{5}{6}$ Br.

Spiritus, in loco ohne Faß $14\frac{11}{12}$—15 Thlr. bez., pr. Janr. 15¼—15 Thlr., pro Febr.—März 15½ a 15¼ Thlr, pro Frühjahr 16⅔ Thlr. Br., $16\frac{7}{12}$ bez u. G.

Berliner Börse vom 15. Januar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	101	100½		Pomm. Pfdbr.	3½	—	90½	
St. Schuld-Sch.	3½	79¾	79¼		Kur-&Nm.do.	3½	91½	91	
Seeh. Präm-Sch.	—	—	96½		Schles. do.	3½	—	—	
K. & Nm. Schldv.	3½	—	—		do.Lt.B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	98¼	97¾		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	—	90¼	
Westpr. Pfdbr.	3½	—	—	84a84½					
Grosh. Posen do.	4	—	95¾		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	3½	—	80¾		And. Gldm. a 5 tlr.	—	12⅞	12⅜	
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	—		Disconto	—	—	4½	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	91¾	91	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	72¼	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	100	99	
do Stiegl. 2 4 A.	4	85½	85		Hamb. Feuer-Cas.	3½	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	103¾	103½		Holl. 2½ o/o Int.	2½	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	70¼	—		Kurh. Pr. O. 40th.	—	—	—	
do. do. Cert. L. A.	5	83½	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13⅙		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	92	91½						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	7¾	78¾ a 79 bz.	Berl-Anhalt . . .	4	87 G.
do. Hamburg	4	2½	61 B.	do. Hamburg . .	4½	93 B. 92½ G.
do. Stettin-Stargard	4	6	89 B. 88½ G.	do. Potsd.-Magd. .	4	84½ B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	60½ bz. u. G.	do. do	5	94¾ a 95 bz.
Magd.-Halberstadt .	4	7	—	do. Stettiner. . .	5	101½ B.
do. Leipziger . .	4	15	—	Magdb.-Leipziger .	4	—
Halle-Thüringer . .	4	—	50¼ G.	Halle-Thüringer . .	4½	86 G.
Cöln-Minden . . .	3½	—	78¾ a 79 bz.	Cöln-Minden . . .	4½	92½ B.
do. Aachen . .	4	4	53½ B.	Rhein. v. Staat gar. .	3½	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld .	4	4½	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel .	4	—	32 G.	Düsseld.-Elberfeld ,	4	—
Niederschl. Märkisch.	3½	—	71¼ bz.	Niederschl.-Märkisch.	4	86½ bz. u. G.
do. Zweigbahn .	4	—	—	do. do	5	98¾ a 98 bz.
Oberschles. Litr. A	3½	6	93¾ bz.	do. III. Serie .	5	94¼ B. 93¾ G.
do. Litr. B.	3½	6	93¾ bz.	do. Zweigbahn .	4½	—
Cosel-Oderberg . .	4	—	—	do. do.	5	78½ B.
Breslau-Freiburg . .	4	5	—	Oberschlesische . .	4	—
Krakau-Oberschles. .	4	—	—	Cosel-Oderberg	5	95½ G.
Bergisch-Märkische .	4	—	58½ G.	Steele-Vohwinkel .	5	84 G.
Stargard-Posen . .	3½	—	70½ bz. ¾ B.	Breslau-Freiburg .	4	—
Brieg-Neisse . . .	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz . .	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	38½ G.	Leipzig-Dresden . .	4	—
Aachen-Mastricht . .	4	30	—	Chemnitz-Risa . .	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona .	4	89 G.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam - Rotterdam	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—	Mecklenburger . .	4	35¼ G.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$37\frac{1}{4}\frac{1}{8}$ a ⅓ bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Comp.

Januar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	15	330,03‴	333,30‴	334,69‴
Thermometer nach Réaumur.	15	— 1,5°	+ 3,5°	+ 2,2°

Beilage.

Beilage zu No. 13 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Dienstag, den 16. Januar 1849.

Brief an die Handwerker.

Berlin, den 12. Januar 1848.

Wenn ein schlauer Schwätzer mit dem Bürgersmann in's Wirthshaus geht, dann geschieht oft, daß der Letztere die Zeche bezahlen muß!

Fast alle Tage schaut man solche Exempel, allein kein Mensch nimmt sich ein Beispiel daran, sondern jeder will durch selbst empfangene Schläge klug werden.

Tritt ein Mann mit der Beredtsamkeit eines Krummachers auf und predigt:

„im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brod essen!"

so behagt das wenig Leuten, da heißt es: das ist die alte Melodie, welche unsere Mutter schon gesungen hat. Kommt dagegen ein Abenteuerer und will für einen Dukaten einen großen Schatz heben, oder ein Rittergut im Monde anweisen, so sind wir so eilig bei der Hand, als gälte es eine Erbschaft in Holland einzustreichen.

Wollt Ihr Mücken fangen, so zündet nur ein Licht an, sie versengen sich alle die Flügel, keine wird durch den Schaden der anderen klug, darum sagt ein altes Sprüchwort: die Welt will betrogen sein! Selbst die schlauen Spatzen folgen den Lockvögeln auf die Leimruthe!

Das Jahr 1848 hat in dieser Hinsicht schöne Lehre geliefert.

Kletterte so ein Demokrat auf Treppe, Stuhl oder Tonne, dann schrie er: „Hierher! Geld, Brod, Lustigleben und Müßiggehen; Freiheit und Gleichheit! schneidet dem Geldbeutel die Näthe auf!"

Da lachte Allen das Herz im Leibe, jeder glaubte zu spät zu kommen, und lief als ob er den Doktor holen wollte!

„Gut, daß Ihr da seid, sprach dann der Volksfreund, macht den Sack auf," ich will euch eine Verfassung, eine Gemeinde-Ordnung und einige schöne Redensarten hineinstecken, die sind besser wie Gold und tragen sich leichter! — Das ist an allen Straßenecken geschehen — allein ich habe keinen Arbeiter gesehen, der Brod oder Suppenfleisch heimgebracht hätte!

Da sagen nun die Leute: ich machte vorsätzlich die deutschen Demokraten schlecht; gut, um nicht anzüglich zu sein, will ich den Stoff zu meinem Briefe aus Paris holen, wo die hohe Schule ist. Dort befindet sich noch heute der große Demokrat Cabet, dem 1848 das Volkswohl wie Honigseim von den Lippen floß. Der hatte ein Paradies in der Tasche, Ikarien genannt, eine Gegend jenseits des Meeres im heißen Amerika! Dort sollten Alle glücklich werden, denen die Sonne daheim nicht scheinen wollte. Die guten Leute mußten ihr Geld einzahlen und wurden über's Wasser geschickt. Angekommen, fand sich, daß Alles Lug und Trug war, und Hunderte von Familien sind fern von der Heimath dermaßen im Elend umgekommen, daß der Freund fehlte um die Augen zuzudrücken!

Gegen Cabet ist nun die Kriminal-Untersuchung eingeleitet, zum großen Verdruß der weitläuftigen Familie!

Herr Demokrat Raspail und Konsorten schlugen den Arbeitern vor, eine neue französische Revolution zu machen. Das Stück hat richtig ausgespielt und Bonaparte sitzt da, wo König Philipp gesessen hat.

Frankreich ist um 130 Millionen Thaler ärmer, und das Graubrod kostet noch immer einen Groschen; der Vortheil der Arbeiter besteht darin, daß jetzt in Paris 410,000!! Menschen aus Armenmitteln leben.

Unter 24,000 Todten sind 9000 im Hospital gestorben. Ein schöne Demokraten-Erbschaft!

Demohnerachtet läßt Everbeck den Halsabschneider Robespierre leben und seine Gesellen trinken auf die Gesundheit von Jesus Christus.

Gehts in Deutschland besser? In Koln leben 33,000 Menschen von Almosen. In Wien hungern die Arbeiter; die Stadt verlor 4 Millionen und machte 1½ Millionen schwere Gulden Schulden.

Berlin verlor 40 bis 50 Millionen Thaler, und im April waren bereits 70,000 Einwohner ausgewandert!

Authentischen Listen gemäß ist die Zahl der unbesteuerten Handwerker auf 18,600 gestiegen, und das Gewerbe hat um ⅛ abgenommen.

Nun mögen die Demokraten doch den Fleck zeigen, wo nach ihrer Lehre das Korn in Wein blüht?

Die Bibel hat Recht:

„im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen."

Ich sehe immer noch nicht ein, wie wir ohne diesen Spruch über den Berg kommen! Drum wollen wir die Sache noch ein Mal betrachten.

Arbeit ernährt ihren Freund, allein es muß Gesetz und Ordnung im Lande herrschen; entsteht Auflauf und Unruhe, so trägt der gemeine Mann den Schaden, das habe ich stets behauptet.

Ohne Mühe ist das leicht zu erklären, wenn die Leute es nur begreifen wollten. — Hier das Exempel:

„Zwei rüstige Arbeiter sind gleich stark und gleich geschickt, jeder hat in guter Zeit sein Brod und schläft ohne Sorge und Kummer. Plötzlich fangen die Demokraten einen Freiheitsschwindel an. Wer Geld hat spricht: Die Tollheit kann weit gehen, schließt den Koffer zu, oder vergräbt's im Garten, schränkt sich ein und läßt nichts fertigen. Da fehlt die Arbeit. Was nun? der Erste denkt: Schmalhans ist Kücheumeister; hast vom Vater 100 Thlr. geerbt, du mußt einzehren und die Umkehr abwarten. Der Zweite hat nichts hinter sich und reibt die Hände: „Könnt' ich den Hobel nur brauchen, wollte schon durchkommen!" Hilft nichts, seine kleine Habe wandert ins Leihhaus und Frau und Kinder hungern. Wenn sechs Monate die Arbeit fehlt, dann ist der Zweite verloren, der Erste aber, mit dem kleinen Kapital, hat's überstanden. Da schrein die Demokraten: dem Manne muß geholfen werden! Der Minister antwortet: sehr wohl, allein vorher schafft mir Ruhe im Lande! Nun sprecht: wer trägt die Schuld, daß 1000 brave Familien zu Grunde gingen?

Neulich sah ich in einem Bilderladen ein schönes Stück. Demokrat und Bürger theilten eine Wurst — Errungenschaft genannt.

Der Bürger faßte das kleinste Ende, der Demokrat führte das große Messer und schnitt dem armen Teufel den Daumen mit ab. Da dacht ich bei mir: es werden noch Viele sein, denen die Finger seit den Märztagen bluten.

Die Hauseigenthümer in Berlin sollen jetzt die Brandstiftungen des Märzes bezahlen; das ist auch eine schlechte Salbe für die große Wunde!

Jetzt sind die Wahlen vor der Thür, da haben die Handwerker und Bürger Gelegenheit, abermals mit den Demokraten gute Geschäfte zu machen. Proteste, Vereinbarungstheorien und Geschrei über den verletzten Rechtsboden werden billig zu haben sein und Aufregung an allen Enden.

Mich aber will bedünken, daß innerer Zwist weder für den Staat noch die Familie taugt.

Gesetzt, der jüngere Sohn eines Handwerkers kehrt heim von Paris und glaubte den Vater und die älteren Brüder zu übersehen.

Dürfte er damit anfangen, das Handwerkszeug aus dem Fenster zu werfen und das Leder nach fremder Mode für unbestellte Waare zu verschneiden?

Antwort nein! man würde dem jungen Brausewind den Stuhl vor die Thüre stellen.

Auf den preußischen Staat angewendet, sind die Anhänger der Monarchie und der gegebenen Verfassung die Aeltern im Hause, und ich rathe unter diesen zu wählen, damit das Handwerk und die Kundschaft nicht verloren gehen.

Friedrich Harkort.

Frankreich.

Paris, 8. Januar. Die große Frage des Tages, gegen welche jede andere verschwindet, ist die Auflösung der Kammer. In den Provinzen spricht sich fast die gesammte Presse dafür aus, der Petitionen, die von allen Seiten nach der Hauptstadt strömen, und der dringenden Aufforderungen, welche in demselben Sinne im Schooße des Generalconseils laut werden, gar nicht zu gedenken. Gegen diesen allgemeinen Sturm kämpfen die Republikaner von gestern allein an und in der Pariser Presse ihre Organe. Selbst das sonst so vorsichtige Debats dringt heute auf die Auflösung, wiewohl es sich den Zeitpunkt derselben zu bezeichnen hütet.

— Eine Zuschrift aus dem Departement von Vaucluse sagt dessen Repräsentanten in der Nationalversammlung: „Bürger Repräsentanten! Als wir Euch den Auftrag ertheilten, uns in der Nationalversammlung zu vertreten, war unsere Absicht, daß Ihr uns eine Verfassung geben solltet. Da dieser Zweck erreicht ist, so sind Eure Vollmachten von Rechtswegen beendigt. Wenn Ihr glaubt, daß Euer Auftrag weiter ausgedehnter Art sei, so seid Ihr im Irrthume; und es geschieht in der Absicht, jede solche Vorstellung zu beseitigen, daß wir Euch jetzt an die Beschaffenheit und an die Grenzen Eures Auftrages erinnern, wobei wir hinzufügen, das wir, sofern Ihr das Gegentheil annehmen solltet, heute alle Vollmachten, die wir Euch gegeben haben, in Gemäßheit der Bestimmungen der Artikel 2003 und 2004 des Code civil widerrufeu und jede Handlung als ungesetzlich betrachten, die Ihr fortan in Eurer Eigenschaft als Repräsentanten vornehmen möget." In einer Bittschrift aus dem Departement des Cher sagen die Unterzeichner: „Wir glauben eine Pflicht zu erfüllen, indem wir Sie einladen, die Nationalversammlung aufzulösen. Ihre Aufgabe ist vollendet. Wenn Sie Ihre Vollmachten über die Grenzen ausdehnen, welche die Nation denselben gesetzt hat, tritt zwischen derselben und Ihnen ein Zwiespalt ein, in dessen Gegenwart das Vertrauen und der Kredit nicht hergestellt werden kann. Als die provisorische Regierung die Bürger zusammen rief, um Abgeordnete zu der Nationalversammlung zu wählen, sagte sie da nicht, daß die Aufgabe dieser Versammlung die sein sollte, eine Verfassung auszuarbeiten? Glaubten die Bürger, welche die Repräsentanten erwählten, daß sie Ihnen weitergehende Vollmachten verliehen hätten? Wir berufen uns auf Ihr Gewissen. Sie besitzen nicht länger das Vertrauen des Landes, weil Sie sich eine Gewalt anmaßen, welche dasselbe Ihnen nicht übertragen hat. — Eine Menge Bittschriften ähnlichen Inhaltes sind bereits angekündigt. Die bisher eingegangenen haben aber, wie es scheint, auf die Mehrheit der Nationalversammlung nur einen sehr geringen Eindruck hervorgebracht. (N. P. Ztg.)

— Das Journal des Débats meldet, daß gegen das Dekret Radetzky's, die Güter der lombardischen Emigranten, die nicht im Januar wiederkehren, zu sequestriren, remonstrirt werde.

Paris, 9. Januar. Die Antwort, welche gestern der Minister des Auswärtigen auf die Bemerkungen Larochejacquelin's gab, lautet nach dem Moniteur folgendermaßen: „Bürger Repräsentanten! Im Laufe dieser Sitzung sind mehrere Thatsachen angegeben worden. Ich habe die Richtigkeit aller verneint. — Man hatte gesagt, die Vermittlung wegen Sicilien sei aufgegeben, die Vermittlung bleibt aber offen. Keine Erklärung, welche derjenigen gliche, die der Bürger Ledru-Rollin auf dieser Bühne gab, ist uns (den Ministern) zugegangen. Man hat gesagt, daß das Kabinet einem Angriffsplan gegen die römischen Staaten beigetreten, der zwischen Napoleon und Oesterreich verabredet worden. Wahrhaftig, wenn ich dieser Anführung keinen bestimmten und förmlichen Widerspruch entgegensetzte, so geschah dies blos deshalb, weil ich sie für zu unwahrscheinlich hielt, als daß sich die Nationalversammlung auch nur einen Augenblick dabei aufhalten könne. (Sehr gut! zur Rechten). Man hat gesagt, daß das Veto Rußlands die Vermittlung zwischen Neapel und Sizilien abgebrochen habe. Auch diese Thatsache ist ungenau. Wenn Rußland, wenn eine andere Macht den Wunsch ausgesprochen, an den Unterhandlungen Theil zu nehmen, so hatte Frankreich nichts dagegen zu sagen. Es verfolgt das Werk, das es begonnen — das Werk, das den wahren Interessen beider Parteien ebenso günstig als Frankreich selbst. — Man hat gesagt, daß Rußland 200,000 Mann marschfertig halte, die es auf den ersten Wink gegen uns richten könne. Die Antwort auf diese Angabe kann man im Kriegsministerium finden. Frankreich hält 500,000 Mann bereit, um sein Gebiet und die Ehre seiner Fahne überall zu vertheidigen (Beifall). — Man hat behauptet, daß Preußen Rüstungen treffe und bedeutende Truppenbewegungen gegen den Rhein richte. Man hat dem Kabinet vorgeworfen, daß es seine Aufmerksamkeit nicht darauf richte. Möge mir es der geehrte Redner verzeihen: die Sorgfalt der Regierung war beim Eingang dieser Nachrichten rege gemacht. Sie hat Aufklärungen verlangt. Es ist ihr geantwortet worden, daß das Contingent der Rheinprovinzen seit dem Monat April 1848 keine Verstärkungen erhalten und daß es selbst vermindert worden (et que même il a été reduit). — Ich antworte nur auf die ungenau angegebenen Thatsachen. — Was unser politisches System betrifft, so ken-

nen Sie es. Die Nationalversammlung hat demselben schon so häufig ihre Billigung ausgesprochen. Die Lage nach Außen hat sich nicht geändert. Alle Fragen, die ich berührt habe, schwebten bereits, als das gegenwärtige Ministerium an die Regierung gelangte. Die Lage, wie es sie vorfand, schließt weder die Nothwendigkeit einer Kriegserklärung, noch die Nothwendigkeit, ein Ultimatum zu stellen, ein. Es liegen, wie gesagt, Vermittlungen — Unterhandlungen vor, welche Frankreich mit Festigkeit und der Hoffnung auf ein günstiges Resultat verfolgt." (Beifall zur Rechten.)

Was Ledru-Rollin auf die Erklärung des Ministers wegen Preußens entgegnete, war folgendes: „Und ich sage Ihnen wiederholt, daß Sie von Ihren Gesandten schlecht unterrichtet werden. Die Nachricht, die ich erwähnte, wurde mir von zwei Männern mitgetheilt, welche das Schicksal ihres Landes lange in der Hand hielten, Minister waren, und welche mir vorgestern und gestern schrieben, daß sich Belgien wegen der Truppenzusammenziehung und Vermehrung beunruhige, die an seinen Gränzen stattfänden. Das Brüsseler Kabinet hat angefragt, und wollen Sie wissen, was man ihm geantwortet? Man hat ihm gesagt: Diese Truppen seien nicht gegen Belgien bestimmt. Die Erhebung Louis Napoleon Bonapartes zum Präsidenten sei eine Eventualität zu einem Europäischen Kriege. Auf diese Weise sucht man die Deutschen Völker gegen uns aufzuhetzen, indem man ihnen glauben macht, man müsse ihre Freiheit schützen, weil wir sie von Neuem zu erobern strebten. Ich erhalte von den geschätztesten Männern, die in Deutschland hoch geachtet sind, aus Frankfurt Anzeigen, welche mir beweisen, daß dieses System der Regierungen einen leider nur zu ernsten Eindruck auf die guten, aber unwissenden Bevölkerungen Deutschlands macht. Der Minister stellte von Neuem diese Thatsachen in Abrede und die Versammlung ging zur Tagesordnung über.
